

Für Palästinenser:innen ist das Lokale das Nationale

Diana Greenwald, .jadaliyya.com, 01.05.23

Israels fast 56 Jahre altes Projekt, die Westbank militärisch zu besetzen und demographisch umzugestalten, hat eine zunehmend gewalttätige Wendung genommen. Die israelischen Streitkräfte töten immer mehr Palästinenser:innen in der Westbank – fast 150 im Jahr 2022, die höchste Zahl (1) seit 18 Jahren, und seit Ende April 2023 bereits 96 (2). Um vermeintliche Kämpfer ins Visier zu nehmen, feuerten israelische Soldaten schultergestützte Raketen auf Häuser (3) in dicht besiedelten Städten.

Die Lektion – sowohl aus den 1970er/80er Jahren als auch aus den frühen 2000er Jahren – ist, dass Israel die Palästinenser:innen nicht entnationalisieren kann, indem es ihre Institutionen zersetzt.

Andere Palästinenser:innen müssen weiterhin mit sofortiger Vertreibung rechnen (4), um Platz für eine israelische militärische Feuerzone in den besetzten Gebieten zu schaffen. Wie zu erwarten, gab es auch eine Flut bewaffneter palästinensischer Angriffe auf Israelis und israelische Ziele, bei denen in diesem Jahr bisher 19 Menschen getötet wurden. Während ein Teil dieser Gewalt durch die inhärente Logik der Militärherrschaft und der Siedlerkolonisation erklärt werden kann, haben sich die existenziellen Bedrohungen für das palästinensische Leben in der Westbank in den letzten zwei Jahren verstärkt.

Seit der Vereidigung der rechtsextremen israelischen Regierung Ende letzten Jahres sind sie noch offensichtlicher geworden. Als israelische Siedler kürzlich die palästinensische Stadt Huwwara plünderten und Häuser mit den noch darin lebenden Familien in Brand setzten (5), fanden sie Unterstützung bei den Koalitionsmitgliedern (6) in der Regierung.

Tatsächlich haben die Hardliner und Annexionsbefürworter im Kabinett von Premierminister Benjamin Netanjahu keinen Hehl daraus gemacht, dass sie militärische Gewalt (7) einsetzen wollen, um die Palästinenser:innen zu zwingen, sich entweder der israelischen Souveränität zu unterwerfen oder das Land zu verlassen. Bezalel Smotrich, ein religiöser zionistischer Siedler, der jetzt Finanzminister ist und von einigen als (8) neuer „Gouverneur“ der Besatzung in der Westbank bezeichnet wird, rief das israelische Militär auf, (9) eine gewaltsame ethnische Säuberung durchzuführen, indem es Huwwara von der Landkarte „auslöschen“ solle.

Smotrich und gleichgesinnte Verbündete stellen sich eine Rückkehr zur direkten israelischen Militärherrschaft über palästinensische Städte vor, die den Sicherheitsapparat der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) überflüssig machen würde. Doch selbst bei einem solchen Ansatz der verbrannten Erde müsste mit

Palästinenser:innen gerechnet werden, die bleiben, mit denen, die weder besiegt noch vertrieben werden, und mit denen, die weiterhin Widerstand leisten. Fast alle israelischen Annexionsbefürworter:innen geben zu, dass dies zumindest die Beibehaltung palästinensisch geführter lokaler Regierungen in palästinensischen Städten erfordern würde. Eine solche zukünftige Version des zionistischen Staates – insbesondere wenn sie durch ein de jure Apartheidregime gestützt wird – hätte weder die Absicht noch die Befähigung, die Palästinenser:innen dort zu regieren, wo sie leben.

Israels Versuch, Mitte der 1980er Jahre die autokratische Kontrolle über die Gemeinden wiederzuerlangen, hat der Besatzung keinen Gefallen getan... Die Palästinenser:innen lehnten die Entstaatlichung ab und verstärkten die Reihen der Demonstrant:innen in der darauf folgenden Intifada.

Die Gemeinden in der Westbank – Orte wie Jenin, Ya'bad, Arraba, Birqin, Tammun, Nablus, Jamma'in, Beita, Huwwara, Silwad, Qalqilya, Al-Bireh, Hebron und Beit Ummar – waren jedoch immer wieder Labore für palästinensisches Engagement und politische Experimente. In jüngster Zeit hat die Medienberichterstattung unsere Aufmerksamkeit auf die „Lokalisierung“ einer bestimmten Form palästinensischen Handelns gelenkt: den bewaffneten Kampf.

Unter der direkten israelischen Herrschaft in den 1970er Jahren haben wir jedoch auch gesehen, dass palästinensische kommunale Einrichtungen den politischen Widerstand begründeten. Darüber hinaus hat die Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde zwar zu einer Zersplitterung und Demobilisierung (10) der Palästinenser:innen in der Westbank geführt, doch haben lokale Politiker, die das Osloer Abkommen ablehnen, unter bestimmten Bedingungen dennoch den Weg in die kommunalen Institutionen gefunden, wo sie sich auf die Legitimität ihres Rufes stützen, um lokale Regierungskapazitäten aufzubauen. Insgesamt lehrt uns die Geschichte, dass eine Reduzierung der palästinensischen Organisationen und Institutionen auf die lokale Ebene die palästinensische Politik nicht entnationalisieren wird.

Der Zusammenbruch der indirekten Herrschaft, Phase I: Gewalt ausübende Institutionen

Sozialwissenschaftler:innen gehen oft davon aus, dass die Kernkompetenzen von Staaten – die Anwendung von Zwangsmitteln und die Besteuerung und Ausgaben für Güter und Dienstleistungen – eng miteinander verbunden sind. In der besetzten Westbank, wo die Souveränität aktiv angefochten wird, hat Israel damit experimentiert, einige dieser Kompetenzen an palästinensische Vermittler auszulagern. Die stärkste Konkretisierung dieser Strategie der „indirekten Herrschaft“ erfolgte mit der Schaffung der Palästinensischen Autonomiebehörde, einer Einrichtung, die sich unverhältnismäßig stark der Polizeiarbeit in den palästinensischen Gemeinden widmet, aber auch verschiedene Institutionen der Zivilverwaltung umfasst.

Trotz anhaltender Spekulationen über ihren möglichen Zusammenbruch stehen Hunderttausende von Palästinenser:innen weiterhin auf der Gehaltsliste dieser ausufernden Organisation. Die Palästinensische Autonomiebehörde beschäftigt Palästinenser:innen nicht nur in ihren überdimensionierten Polizei- und Geheimdiensten, sondern auch in Schulen, Gesundheitszentren, im Wasser- und Abwassersektor, in Behörden und Gemeinden. Ein plötzlicher und vollständiger Zusammenbruch ist schwer vorstellbar und könnte eine humanitäre Krise auslösen.

Während die zivilen Institutionen der Palästinensischen Autonomiebehörde vor sich hin stottern, können wir genauer bezeichnen, was bereits zusammengebrochen ist. Die Legitimität des Regimes von Präsident Mahmoud Abbas ist aufgrund der ineinander greifenden Phänomene der Autokratie, der Korruption und der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit Israel so gut wie verfliegen. In einer kürzlich durchgeführten Umfrage (11) bestätigten 82 Prozent der Befragten aus der Westbank und dem Gazastreifen die Korruption in der Palästinensischen Autonomiebehörde, und weniger als die Hälfte meinte, das Fortbestehen der Palästinensischen Autonomiebehörde liege im nationalen Interesse der Palästinenser:innen.

So wie das Wasser sich seinen eigenen Weg sucht, wird der Wille zum Widerstand gegen die Militärherrschaft und die ethnonationale Vorherrschaft durch alle Kanäle fließen, die ihm zur Verfügung stehen. Dazu gehört die Arbeit mit zivilen Institutionen, sollten sie verfügbar sein, aber auch, wie wir in den letzten Monaten nur allzu deutlich gesehen haben, der Einsatz von Waffengewalt.

Es überrascht nicht, dass diese Legitimationskrise die Fähigkeit der PA-Kräfte, die palästinensischen Städte zu kontrollieren, endgültig untergraben hat, während israelische Soldaten und Siedler:innen ihre gewaltsamen Angriffe auf Palästinenser:innen verstärken. In Städten wie Nablus, Jenin, Jericho und Tulkarem sind neue, lokal begrenzte bewaffnete militante Gruppen und neue aktive Brigaden entstanden – ein Zeichen dafür, dass der Sicherheitsapparat der Palästinensischen Autonomiebehörde diese Gemeinden faktisch im Stich gelassen hat. Da die Sicherheitskräfte der Palästinensischen Autonomiebehörde, die jedes Jahr von den USA mit Dutzenden von Millionen Dollar unterstützt werden (12), so gut wie nichts für die Sicherheit der Palästinenser:innen tun, dürfte die Wiederbewaffnung bestimmter Teile der palästinensischen Gesellschaft nicht überraschen.

Die letzten zwei Jahre waren für die palästinensische Mobilisierung von grundlegender Bedeutung, von der „Intifada der Einheit“ (13) bis zu den Massenprotesten als Reaktion auf die Ermordung von Nizar Banat (14) durch Sicherheitskräfte der Palästinensischen Autonomiebehörde. Im Herbst 2021 hielt die Flucht von sechs palästinensischen politischen Gefangenen (15) aus dem israelischen Hochsicherheitsgefängnis Gilboa die Palästinenser:innen in Atem. In der Westbank – während die israelische Fahndung lief – bereiteten sich *Hamas*, *Islamischer Dschihad* und der *Fatah* nahestehende Milizen darauf vor, die Entflohenen im Lager Jenin zu schützen und den israelischen Streitkräften Widerstand zu leisten.

In einer Umfrage (16), die nur wenige Tage vor der erneuten Verhaftung der letzten Flüchtigen durchgeführt wurde, wurden die Palästinenser:innen gefragt, ob sie glauben, dass die Palästinensische Autonomiebehörde die verbleibenden Flüchtigen schützen würde, falls es ihnen gelänge, die besetzten Gebiete zu erreichen. Weniger als 22 % der Befragten aus der Westbank bejahten diese Frage. Die akuteste und existenziellste Legitimationskrise der Palästinensischen Autonomiebehörde liegt in der Tat in ihrem Sicherheitsapparat.

Angesichts häufigerer israelischer Militärrazzien und der Ausbreitung lokaler palästinensischer Milizen treten die Sicherheitsbeamten der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) in den Hintergrund. Diese und

ähnliche Ereignisse führten zu zwei Dringlichkeitssitzungen (17) zwischen US-amerikanischen, israelischen, palästinensischen, ägyptischen und jordanischen Offiziellen, bei denen sich die Delegierten trotz der oben genannten Haltung der palästinensischen Mehrheit auf die Wiederbelebung der Institutionen der PA konzentrierten.

Im Moment sind die zivilen Institutionen der PA trotz enormer finanzieller Belastungen (18) noch intakt. Nichtsdestotrotz versuchen die Vertreter der harten Rechten in der derzeitigen israelischen Regierung, die PA auszuhungern, um die israelische Souveränität über die gesamte Westbank zu erzwingen. In einem Interview (19) mit *Haaretz* erklärte Smotrich 2016: „Wir müssen die PA nicht einmal kippen, sie fällt von selbst. Wir müssen nur aufhören, sie zu unterhalten.“ **Ohne die Palästinensische Autonomiebehörde würde Israel dann wieder direkt über die entrechteten Palästinenser:innen herrschen, ohne eine zentrale Vermittlungsstelle in Ramallah. Smotrichs Vision zufolge (20) wird die Wiedereinführung der uneingeschränkten israelischen Herrschaft über die palästinensischen Städte in der Westbank – durch schiere militärische Überlegenheit, massive Besiedlung und ethnische Säuberung – die Palästinenser:innen entnationalisieren und damit ihren Kampf ums Überleben, um Selbstbestimmung und Freiheit endgültig zunichte machen.**

Der Zusammenbruch der indirekten Herrschaft, Phase II? Politische Institutionen

Vor dem Hintergrund der verglühenden Reste der untergehenden Palästinensischen Autonomiebehörde sind Smotrich und gleichgesinnte Verbündete der Ansicht, dass die Palästinenser:innen mit militärischer Gewalt dazu gezwungen werden sollten, sich für einen von drei Wegen zu entscheiden: ihre Heimat zu verlassen, Widerstand zu leisten oder loyale Untertanen (noch keine Bürger) des zionistischen Staates zu werden. Was diejenigen angeht, die Widerstand leisten, haben wir gesehen, dass Smotrich in einer Sprache, geprägt von Kriegsverbrechen, die Auslöschung ganzer Städte als einer Form der kollektiven Bestrafung unterstützt. Ein weiterer wichtiger Mechanismus, um die Loyalität der verbliebenen Palästinenser:innen zu erzwingen, ist die Atomisierung der palästinensischen Institutionen zu kommunalen Einrichtungen. Selbst diejenigen in den neu eroberten Gebieten, die keinen bewaffneten Widerstand leisten, dürften keine nationale Regierung wählen. Stattdessen, betont er, hätten die Palästinenser:innen die Möglichkeit, ihre eigenen Gemeinderäte zu wählen – Institutionen, die derzeit in der Palästinensischen Autonomiebehörde angesiedelt sind –, dann in einem einzigen zionistischen Staat zusammengefasst. Er behauptet, dass (21) selbst ohne das Recht, ihre nationale Regierung zu wählen, „der Löwenanteil der [demokratischen] Rechte und Freiheiten ... den Arabern von Judäa und Samaria gewährt wird, einschließlich des Rechts, in den kommunalen Verwaltungen zu wählen, die ihr tägliches Leben kontrollieren.“ Sie werden lediglich nicht „das Recht auf eine ideologische Abstimmung für ein souveränes Parlament“ haben (Hervorhebung in beiden Zitaten hinzugefügt).

Smotrichs Plan wird scheitern, weil er von der Durchsetzung einer unmöglichen Trennung zwischen der Verwaltung palästinensischer Städte und dem ideologischen Engagement für die nationale Befreiung abhängt. Hier lohnt sich ein Blick in die Geschichte, um zu zeigen, warum lokale Autonomie unter Militärherrschaft den palästinensischen Widerstand nicht aufhalten wird. Mitte der 1970er Jahre kämpfte Israel mit der Aufrechterhaltung seiner Besatzung mittels der Zusammenarbeit der lokalen palästinensischen Eliten. Bei den Kommunalwahlen von 1972 waren in der Westbank größtenteils pro-haschemitische Konservative an die Macht gekommen. Dennoch traten einige dieser Stadträte aus Protest gegen die israelische Unterdrückung zurück. Bei einer zweiten Reihe von Kommunalwahlen im Jahr 1976 errangen die

Mitglieder des palästinensischen nationalen Widerstands, die den Parteien der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) nahe stehen, einen klaren Sieg. Neu gewählte Bürgermeister, sorgsam zwischen den zerstrittenen Fraktionen der PLO navigierend, entwickelten ihr eigenes lokales und nationales Profil als Führungspersönlichkeiten, bereit, sich gegen Israel zu stellen. Einige von ihnen beteiligten sich 1978 am Nationalen Führungsausschuss, der nach Angaben des Journalisten Rafik Halabi (22) in Nablus, Birzeit und Bethlehem Tausende von Menschen hinter seiner Ablehnung des Camp-David-Prozesses und seinen Forderungen nach einem Ende der Besatzung und dem Recht auf Rückkehr versammelte.

Diese vom Volk gewählten Führer wurden Israel schnell ein Dorn im Auge. Ein Versuch, den damaligen Bürgermeister von Nablus, Bassam Shaka'a, zu deportieren, scheiterte; er kehrte aus dem Gefängnis zurück und wurde in seiner geschichtsträchtigen Stadt wie ein Held empfangen, und die Ereignisse bestärkten ihn mehr denn je. Wichtig ist jedoch, dass Israel feststellte, dass die Wiedereinführung der autokratischen Kontrolle über die Gemeinden ebenfalls nicht funktionierte – oder wenn doch, dann waren ihre Auswirkungen nur von kurzer Dauer. Nachdem drei der Bürgermeister von 1976, darunter Shaka'a, vom jüdischen Untergrund mit Autobomben angegriffen worden waren, wurden sie von Israel kurzerhand abgesetzt. Fahd Kawasmeh aus Hebron und Mohammed Milhem aus Halhul wurden gewaltsam vertrieben. In der Zwischenzeit versuchte Israel in den ländlichen Gebieten, durch die so genannten „Dorf-Ligen“ ländliche Kollaborateure zu gewinnen und zu bewaffnen, aber das Experiment war nur von kurzer Dauer.

Israels Versuch, Mitte der 1980er Jahre die autokratische Kontrolle über die Gemeinden wiederzuerlangen, hat der Besatzung keinen Gefallen getan. Ob durch vom Volk gewählte lokale Führer oder ernannte Vertreter der Besatzungsmacht: die Palästinenser:innen lehnten die Entstaatlichung ab und verstärkten die Reihen der Demonstrant:innen in der darauf folgenden Intifada. Der palästinensische Widerstand ging auf die Straße.

Die Lektion, dass lokale Politik nicht von nationalen Bestrebungen getrennt werden kann, wurde auch in den ausklingenden Jahren der Zweiten Intifada bestätigt. Diesmal wurden unter der von Oslo geschaffenen Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) zwischen Dezember 2004 und Dezember 2005 in vier Runden Wahlen zu den Gemeinderäten abgehalten. Gegner und Kritiker der *Fatah* – einschließlich der *Hamas*, der *Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)* und unabhängige oder kleinere Parteien – erzielten gute Ergebnisse. (So übernahmen der *Hamas* nahestehende Bürgermeister die Macht in Dschenin und Al-Bireh, in Bethlehem wurde ein Kandidat der *PFLP* gewählt und in Nablus wurde ein unabhängiger, mit der *Hamas* verbündeter Kandidat Bürgermeister).

Diese Politiker wurden in den größeren als auch in den kleineren Städten der Westbank sowohl von Israel als auch von der Palästinensischen Autonomiebehörde unterdrückt. In Gesprächen mit diesen ehemaligen Bürgermeistern und Ratsmitgliedern erfuhr ich, wie einige von ihnen von Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde in koordinierter Reihenfolge verhaftet wurden, damit ihre Amtszeit abließ und sie – zumindest mit dem Anschein der Legalität – durch einen Beauftragten ersetzt werden konnten. Anderen drohte der Verlust ihrer regulären Arbeitsplätze im Staatsdienst der PA.

In den darauffolgenden Jahren wurden die Gemeinden wieder in das Einparteienregime der *Fatah* eingegliedert. Bis 2012, als Kommunalwahlen ohne Wettbewerb stattfanden, hatten die Widerstandsgruppen die meisten, aber nicht alle ihrer Vertretungen in den lokalen Regierungsgremien verloren. Dennoch hatten die vorangegangenen Wahlen eine organisierte, öffentliche, maßgebliche Rolle für Widerstandsgruppen und

Anti-Oslo-Politiker:innen möglich gemacht. Einige der von diesen Räten eingestellten Mitarbeiter:innen arbeiten auch heute noch in den Gemeinden.

Einigen Politiker:innen ist es gelungen, durch sorgfältige Steuerung ihrer eigenen Parteibindungen auch nach 2012 in den Gemeinderäten zu bleiben. Einige kandidierten sogar für die nationale Legislative, bevor Präsident Abbas die für 2021 geplanten Wahlen absagte. Andere blieben in den sozialen Medien, in NROs und in ihren Moscheen politisch aktiv. Ein ehemaliger Bürgermeister, der der *Hamas* angehört, sagte mir 2019: „Das sind gelebte Erfahrungen, über die wir diskutieren; es ist noch nicht Geschichte.“

Fazit

Die Lektion – sowohl aus den 1970er/80er Jahren als auch aus den frühen 2000er Jahren – ist, dass Israel die Palästinenser:innen nicht entnationalisieren kann, indem es ihre Institutionen zersetzt. Wenn es Wahlmöglichkeiten gibt – wie 1976 und 2004-2005 – haben die palästinensischen Nationalisten bewiesen, dass sie daraus Nutzen zu ziehen wissen. Wenn hingegen das Militärregime seinen Willen autokratisch durchsetzt – wie es Anfang bis Mitte der 1980er Jahre der Fall war und wie es die Palästinensische Autonomiebehörde seit mindestens 2012 tut – werden die Palästinenser:innen zum städtischen Widerstand zurückkehren.

Smotrich mag sich seines Rufs als militanter Hitzkopf erfreuen, aber in Wirklichkeit sind seine Ideen eine müde Wiederholung bereits versuchter und gescheiterter Strategien. Der palästinensische Widerstand gegen die militärische Vorherrschaft erfordert keine nationale institutionelle Struktur. So wie das Wasser sich seinen eigenen Weg sucht, wird der Wille zum Widerstand gegen die Militärherrschaft und die ethnonationale Vorherrschaft durch alle Kanäle fließen, die ihm zur Verfügung stehen. Dazu gehört die Arbeit mit zivilen Institutionen, sollten sie verfügbar sein, aber auch, wie wir in den letzten Monaten nur allzu deutlich gesehen haben, der Einsatz von Waffengewalt. Selbst wenn Israel eine totalitäre Autokratie errichten kann und dies auch tut, werden die Palästinenser:innen – wie die Gefangenen, die mit Tellern und Pfannenstielen aus Gilboa entkamen – weiterhin ihre eigenen Tunnel zum Tageslicht graben.

Diana Greenwald ist Assistenzprofessorin für Politikwissenschaft an der City University of New York. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Politik des Nahen Ostens, Nationalismus, Konflikte und Staatsaufbau. Sie promovierte 2017 in Politikwissenschaft an der University of Michigan. Ab August 2017 war sie Postdoc-Forschungsstipendiatin der Middle East Initiative an der Harvard Kennedy School. In ihrem aktuellen Buchmanuskript untersucht sie die palästinensische Lokalpolitik unter israelischer Besatzung. Dieses Projekt stützt sich auf Interviews mit Eliten und gesammelten lokalen Daten zu Polizeiarbeit und Steuern zwischen 2014 und 2019 in der Westbank.

Quelle: <https://www.jadaliyya.com/Details/44986/For-Palestinians,-the-Local-is-the-National>

1. https://www.btselem.org/press_releases/20230108_the_occupied_territories_in_2022_largest_number_of_palestinians_killed_by_israel_in_the_west_bank_since_2004
2. <https://apnews.com/article/israel-palestinian-killed-west-bank-3f13ffe3a629fe85572369515344e952>

3. <https://www.aljazeera.com/news/2023/2/23/catastrophic-palestinians-recount-deadly-israeli-raid-on-nablu>
4. <https://www.haaretz.com/opinion/2023-02-02/ty-article-opinion/.premium/the-palestinians-of-masafer-yatta-are-living-a-nightmare/00000186-0ce3-dc62-afb6-2ef3a33f0000>
5. <https://www.washingtonpost.com/world/2023/02/27/israel-huwara-settlers-rampage-palestinian/>
6. <https://www.timesofisrael.com/we-need-burning-villages-coalition-lawmaker-backs-unprecedented-settler-rampage/>
7. <https://www.nytimes.com/2022/11/07/opinion/itamar-ben-gvir-israel-election.html>
8. <https://www.middleeasteye.net/news/israel-settler-minister-west-bank-powers-annexation>
9. <https://www.aljazeera.com/news/2023/3/1/israel-arrests-settlers-after-anti-palestinian-pogrom>
10. <https://academic.oup.com/book/41577?login=false>
11. <https://www.pcpsr.org/en/node/935>
12. <https://www.state.gov/u-s-support-for-the-palestinian-people/>
13. <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1080/0377919X.2021.1978800?journalCode=rpal20>
14. <https://www.aljazeera.com/opinions/2021/7/13/why-nizar-banat-was-a-dangerous-man>
15. <https://jewishcurrents.org/a-prison-break-liberates-the-palestinian-political-imagination>
16. <https://pcpsr.org/en/node/858>
17. <https://www.aljazeera.com/news/2023/3/19/israel-palestinian-authority-officials-meet-in-egypt>
18. <https://www.imf.org/en/Publications/CR/Issues/2022/05/02/West-Bank-and-Gaza-Report-to-the-AD-HOC-Liaison-Committee-517501>
19. <https://www.haaretz.com/israel-news/2016-12-03/ty-article-magazine/.premium/the-face-of-israels-far-right-wants-to-abort-palestinian-hope/0000017f-f2f8-d497-a1ff-f2f875960000?lts=1674091412119>
20. <https://hashiloach.org.il/israels-decisive-plan>
21. <https://hashiloach.org.il/israels-decisive-plan>
22. <https://merip.org/1983/06/halabi-the-west-bank-story>

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestinakomitee-stuttgart.de